

Internationale Gemeinschaft: ein Begriff mit Doppelcharakter

Der Begriff ›internationale Gemeinschaft‹ ist hilfreich, um politisches Handeln zu rechtfertigen. Er ist offen für unterschiedliche Vorstellungen einer gerechten globalen Ordnung; zugleich ermöglicht diese inhaltliche Offenheit das ›Erkaufen‹ von Legitimität bei gegensätzlichen Interessen.



Dr. Matthias Lindhof, geb. 1980, ist freiberuflicher Lektor und Autor des Buches ›Internationale Gemeinschaft‹, das im Nomos-Verlag erschienen ist.

✉ mlindhof@gmx.de

Sprache dient nicht nur der Kommunikation. Mit ihrer Hilfe erklären und deuten Menschen im sozialen Austausch mit anderen die Wirklichkeit und kommen dabei ihrem grundlegenden Bedürfnis nach, die Welt als einen »irgendwie sinnvollen Kosmos zu erfassen«¹. In diesem Sinne wird auch der Begriff der ›internationalen Gemeinschaft‹ zur Deutung außenpolitischer Zusammenhänge verwendet. Er findet sich nicht nur regelmäßig in Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung wieder, sondern gehört darüber hinaus zum Standardvokabular von Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Zivilgesellschaft, Presse und Wissenschaft. Der Begriff steht jedoch unter Geltungsdruck: Existiert im Hinblick auf den Wertpluralismus und die vielfältigen Interessensgegensätze zwischen Regierungen und anderen Akteuren der Weltpolitik tatsächlich ein globaler Gemeinschaftszusammenhang, wie ihn der Begriff nahelegt?

Die Suche nach der internationalen Gemeinschaft

Für diejenigen, die internationale Politik im Wesentlichen als ein Spiel egoistisch handelnder Mächte verstehen, fällt die Antwort in der Regel negativ aus. Für sie ist der Begriff entweder Ausdruck einer

Utopie von idealistischen Weltverbesserinnen und -verbesserern oder einer Ideologie, die Regierungen die Möglichkeit an die Hand gibt, ihre Partikularinteressen hinter einer universalistischen Rhetorik zu verstecken.

Andere stehen dem Begriff weniger skeptisch gegenüber. Die Existenz des Völkerrechts gilt ihnen als Beweis genug für das Vorhandensein der internationalen Gemeinschaft. Diese wird als Rechtsgemeinschaft gedacht, die auf universell anerkannten Rechtsnormen gegründet ist. Solidarität und gemeinsame Werte, die man für gewöhnlich mit dem Gemeinschaftsbegriff verbindet, werden nicht als Bedingung erachtet.

Wieder andere betrachten gerade diese Faktoren als notwendige Voraussetzungen für eine internationale Gemeinschaft. Auf globaler Ebene schließen sie den Begriff deshalb aus, lassen ihn jedoch für die regionale Ebene zu. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) oder der Arabischen Liga gelten für sie als Kandidaten einer solchen auf Werten und Solidarität beruhenden Gemeinschaft.

Schließlich gibt es jene, die die Existenz einer globalen Gemeinschaft zwar in Zweifel ziehen, allerdings Hinweise für eine langfristige Umsetzung zu erkennen glauben. Die Gründung der Vereinten Nationen und die Etablierung von Menschen- und internationalen Umweltrechten werden dabei als ein Anzeichen für die allmähliche Herausbildung einer internationalen Gemeinschaft verstanden.

Wer ist im Recht? Die Frage ist einfach zu beantworten: Es kommt darauf an, wen man fragt, vor dem Hintergrund welcher Überzeugungen eine Person die Welt betrachtet und nicht zuletzt, welche Ansprüche dabei mit dem Gemeinschaftsbegriff verknüpft werden. Statt ein Urteil über die Überlegenheit der einen oder der anderen Sichtweise zu fällen, soll im Folgenden die politische Wirkungskraft des

¹ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, 1. Halbband, Tübingen 1956 [1921], S. 304.

Begriffs näher untersucht werden.² Wenn man die internationale Gemeinschaft auf diese Weise in den Blick nimmt, stellt sich nicht mehr die Frage, ob selbige real existiert. Die zentrale Frage lautet vielmehr, welche Konsequenzen sich daraus ergeben können, wenn diese als real existierend behauptet wird. Um darauf eine Antwort zu geben, reicht es nicht aus, den Allgemeinplatz zu wiederholen, dass eigentlich ›der Westen‹ gemeint ist, wenn von der internationalen Gemeinschaft die Rede ist.³ Stattdessen muss die konkrete Verwendung des Begriffs ergebnisoffen untersucht werden.

Ein ergiebiges Untersuchungsmaterial sind dabei politische Reden. Denn sie geben nicht nur die persönliche Position einer Rednerin oder eines Red-

ner einige Jahre zurück. Aktualität spielt für die Auswahl keine Rolle, sondern vielmehr, dass sich die Redner hinsichtlich ihrer nationalen und kulturellen Zugehörigkeiten sowie ihrer politischen Überzeugungen unterscheiden.

Die Legitimitätsfunktion

Sicherlich stiftet der Begriff derjenigen Person Legitimität, die sich auf die internationale Gemeinschaft beruft. Blair, Putin und auch Milošević behaupteten, im Namen der Gemeinschaft zu handeln, und stellten damit ihre jeweiligen Ziele als allgemein wünschenswert dar. Der Adressatenkreis des britischen Premierministers befand sich dabei in den USA. Die Rede wurde im Jahr 1998 zur Zeit des Kosovo-Krieges vor dem Chicagoer Wirtschaftsverein gehalten.⁵ Blair warb für einen NATO-Militäreinsatz in Jugoslawien, der im Hinblick auf die verlustreiche amerikanische Unterstützung der Operation der Vereinten Nationen in Somalia I (United Nations Operation in Somalia – UNOSOM I) fünf Jahre zuvor als umstritten galt. Ziel war es, den US-Präsidenten Bill Clinton, der durch die ›Lewinsky-Affäre‹ zusätzlich unter Druck geraten war, gegenüber isolationistischen Stimmen zu verteidigen, die angesichts eines potenziellen Einsatzes von US-Bodentruppen stetig einflussreicher wurden. Obwohl die Intervention nicht durch den UN-Sicherheitsrat mandatiert war, rechtfertigte Blair diese mit Verweis auf die internationale Gemeinschaft. Er präsentierte die USA als traditionelle Führungsmacht der internationalen Gemeinschaft und appellierte, dass sie diese verantwortungsvolle Rolle auch zukünftig wahrnehmen müssten.

Ganz anders die Rede des russischen Präsidenten, die im Jahr 2007 anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten wurde.⁶ Sie sollte weniger das Publikum im Hotel Bayerischer Hof überzeugen, sondern zielte darauf ab, einen diplomatischen Eklat zu inszenieren. Adressat war ein für anti-westliche Rhetorik empfängliches russisches Publikum. Die Rede war vor allem eine Wahlkampfrede. Im Folgejahr fanden russische Präsidentschaftswahlen statt, in denen Putin zwar nicht

Der Begriff stiftet derjenigen Person Legitimität, die sich auf die internationale Gemeinschaft beruft.

ners wieder, sondern enthalten auch Deutungsmuster der Zuhörerschaft. Schließlich zielen sie auf Gefolgschaftsbildung: Reden werden gehalten, um Zustimmung für ein bestimmtes politisches Ziel zu erreichen. Damit müssen sie immer schon Vorstellungen enthalten, die sich beim Publikum für die Beschreibung der Welt bewährt haben. Und nicht nur das: Ist die Gefolgschaftsbildung erfolgreich, bietet eine Rede Aufschluss darüber, welche Inhalte sich bei den Adressaten als überzeugend erwiesen haben. Die Weltbeschreibungen, die sich in einzelnen Reden finden, können damit repräsentativ für das Denken größerer Menschengruppen sein.

Im Folgenden sollen beispielhaft drei Reden aufgegriffen werden, die mit dem ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem früheren Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien Slobodan Milošević von Personen gehalten wurden, die die internationale Politik der letzten Jahre im hohen Maße mitgeprägt haben.⁴ Die Reden liegen bereits

² Zur juristischen Dimension des Begriffs vgl. Andreas L. Paulus, Die internationale Gemeinschaft im Völkerrecht: Eine Untersuchung zur Entwicklung des Völkerrechts im Zeitalter der Globalisierung, München 2001.

³ Zum Beispiel: Martin Jacques, What the Hell Is the International Community? If it Only Means the West, the Great Majority of the World Is Being Ignored, The Guardian, 24.8.2006, siehe: www.theguardian.com/commentisfree/2006/aug/24/whatthehellistheinternati

⁴ Für detaillierte Analysen vgl. Matthias Lindhof, Internationale Gemeinschaft. Zur politischen Bedeutung eines wirkmächtigen Begriffs, Baden-Baden 2019.

⁵ Tony Blair, The Blair Doctrine, Global Policy Forum, 22.4.1999, www.globalpolicy.org/component/content/article/154/26026.html

⁶ Wladimir Putin, Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, The President of Russia, 10.2.2007, en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034

mehr selbst antrat, jedoch mit Dmitri Medwedew ein Kandidat vorgesehen war, der die Politik des Amtsvorgängers – bis zu Putins Wiederwahl im Jahr 2012 – fortsetzen sollte. In seiner Rede stellte Putin die USA pauschal als imperialistisch gesinnten Störenfried innerhalb der internationalen Gemeinschaft dar, der zwischenstaatliche Krisen verursache oder zumindest deren Lösung verhindere. Russland hingegen wurde als Vorzeigemitglied präsentiert, das stets kooperative Problemlösungen bevorzuge sowie um Stabilität und einen fairen Interessensausgleich zwischen den Gemeinschaftsmitgliedern bemüht sei.

Die dritte Rede war formal gar keine Rede, sondern die sogenannte Verteidigungsstellungnahme, die Milošević im Jahr 2004 als Angeklagter vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia – ICTY) vortrug.⁷ Der frühere Präsident, der nicht nur sich selbst, sondern dem eigenen Anspruch nach auch die serbische Nation verteidigte, nutzte seine Redezeit für eine umfängliche und verschwörungstheoretisch anmutende Gegenanklage. In dieser lehnte er die Legitimität des ICTY ab, der durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrats eingesetzt war, und beschuldigte diverse Regierungen – allen voran die Deutschlands und der USA –, die eigentliche Schuld an den jugoslawischen Zerfallskriegen gehabt zu haben. Damit ging jedoch keine Ablehnung der internationalen Gemeinschaft einher. Stattdessen wurde diese als Opfer einer konzertierten Täuschungskampagne dargestellt, die Milošević mit seinem Vortrag aufzudecken beanspruchte.

Der Omnibus-Charakter

Die drei Beispiele zeigen, dass der Legitimität stiftende Effekt des Begriffs aus dem Anspruch resultiert, nicht aus individuellen Interessen heraus, sondern im Namen eines globalen Zusammenhangs zu handeln. Dieser Anspruch geht Hand in Hand mit der Idee verbindlicher Normen, die die Beziehungen der Gemeinschaftsmitglieder ordnen und denen in allen drei Reden ein rechtlicher Status zugeschrieben wurde. Dabei war der Begriff offen für unterschiedliche Vorstellungen, wie diese universelle Rechtsordnung konkret strukturiert sei und welche Instanzen berechtigt sein sollten, den Gemeinschaftsnormen Geltung zu verschaffen. Daher kann »internationale Gemeinschaft« als Omnibus-Begriff bezeichnet werden. Denn wie in einem Omnibus, in dem die unterschiedlichsten Passagiere einen

Sitzplatz finden, um mit diesem ein bestimmtes Ziel anzusteuern, ist es vermittels des Begriffs der internationalen Gemeinschaft möglich, voneinander abweichende Ordnungsvorstellungen zu transportieren, um damit Legitimität zu beanspruchen.

Diese Vorstellungen können sich gegenseitig ausschließen. Putin beschuldigte die USA mehrfach, sich mit militärischen und diplomatischen Mitteln in innere Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Ebenso Milošević, der nicht nur die illegale äußere Unterstützung separatistischer Kräfte in einem »innerstaatlichen Konflikt« anprangerte, sondern auch dem UN-Sicherheitsrat das grundsätzliche Recht absprach, ein internationales Gericht mit Zuständigkeit für das jugoslawische Staatsgebiet einzurichten. Beide Redner beriefen sich hierbei auf die Idee staatlicher Souveränität als das zentrale völkerrechtliche Prinzip und widersprachen der Idee, dass die Einhaltung von Menschenrechten durch Dritte überwacht und durchgesetzt werden dürfe.

Eine derartige Rechtsvorstellung kam in der Rede des britischen Premierministers zum Tragen, der zufolge die Verletzung des humanitären Völkerrechts eine militärische Intervention rechtfertigte. Blair warf der Bundesrepublik Jugoslawien vor, beträchtliches Leid unter der kosovarischen Zivilbevölkerung zu verantworten, und rechtfertigte damit das Eingreifen der NATO. Ebenso wie der Premierminister ging zwar auch Putin davon aus, dass es einzelnen Staaten zustehe, das Recht

Es bestand keine Einigkeit darüber, welche Staaten das Recht der internationalen Gemeinschaft durchsetzen sollten.

der internationalen Gemeinschaft durchzusetzen. Darüber, welche Staaten dies sein sollten, bestand jedoch keine Einigkeit: Bei Blair waren es westliche Staaten unter der Führung der USA, deren privilegierte Rolle geradezu zivilisatorisch begründet wurde. Im Gegensatz zum Rest der Welt, so die Argumentation, achteten diese Staaten Menschenrechte, woraus sich ihre Berechtigung ableite, diese auch global durchzusetzen. Der Mangel eines Mandats des UN-Sicherheitsrats stellte in dieser Argumentation kein Legitimationsdefizit dar: Das Gremium wurde als grundlegend reformbedürftig und durch »nicht-westliche« Staaten »blockiert« dargestellt.

Putin hingegen beharrte auf der Rolle des Sicherheitsrats und verteidigte die Privilegien der

⁷ Slobodan Milošević, Defense Opening Statement (ICTY), 31.8.2004, www.icty.org/x/cases/slobodan_milosevic/trans/en/040831ED.htm

ständigen Mitglieder gegen derartige Selbstautorisierungsansprüche. Das bedeutet, beide Redner gestanden den USA den Status einer globalen Ordnungsmacht zu, jedoch auf abweichende Weise: Blair präsentierte die USA als wohlwollenden Hegemon, der gemeinsam mit seinen europäischen Verbündeten über die Welt zu wachen habe. Bei Putin fiel den USA die Rolle eines schlechten Gemeinschaftsmitglieds zu, das seiner eigentlichen Verantwortung, gemeinsam mit Russland für Ordnung zu sorgen, nicht gerecht werde. Milošević hin-

kerrechtler zählen Staaten, internationale Organisationen und nichtstaatliche Organisationen (NGOs) hinzu.⁸ Doch dies ist eben nur eine Möglichkeit, den Begriff zu verwenden. In den drei Reden wurden neben Staaten vornehmlich die Vereinten Nationen thematisiert. Sie galten als die internationale Organisation, mithilfe derer die Staaten die Gemeinschaftsnormen durchsetzen sollten. Die Betonung liegt auf dem ›Sollen‹. Denn in allen Fällen verwies der Begriff auf einen zu wünschenden Zustand. Für Blair war die internationale Gemeinschaft ein Ort, an dem die USA gemeinsam mit ihren Verbündeten als eine globale Ordnungsmacht agieren. Dahinter stand die Idee, den Sicherheitsrat so zu reformieren, dass nicht-westliche Staaten an Einfluss verlören. Bei Putin war die internationale Gemeinschaft mit der Idealvorstellung verbunden, dass die USA von ihren »imperialistischen« Zielen abrücken und gemeinsam mit einem gleichberechtigten Russland für einen »fairen« Interessensausgleich sorgen würde. Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (Permanent Five – P5) sollten hier ihren Status behalten. Milošević schließlich zielte auf eine wünschenswerte Situation ab, in der die entlastende ›Wahrheit‹ über die Jugoslawienkriege bekannt würde. Da neben der Gemeinschaft auch die UN als getäuscht dargestellt wurde, sollte diese erst dann wieder anerkannt werden, wenn die Verschwörung aufgedeckt worden wäre.

In diesem Sinne hatte der Begriff einen utopischen Kern: Er markierte einen Zustand, den es einzurichten oder wiederherzustellen galt. Es ist die Vorstellung, dass ein friedlicher, harmonischer und gerechter Zustand erreicht werden könnte, wenn die Gemeinschaftsnormen befolgt beziehungsweise durchgesetzt würden. Die Anerkennung dieser Grundidee ermöglicht es, den Begriff wie eine Art Währung einzusetzen. Wie ein allgemein anerkanntes Zahlungsmittel, das verwendet werden kann, um potenziell gegensätzliche Interessen zu verfolgen, bietet der Begriff die Möglichkeit, für unterschiedliche politische Zielsetzungen Legitimität zu ›erkaufen‹. Diese Interessen können in unterschiedliche Richtungen gehen; nicht zuletzt im Hinblick auf die Vereinten Nationen. So konnte der Begriff sowohl für als auch gegen die Weltorganisation in Stellung gebracht werden. Es war möglich, mit Bezug auf die internationale Gemeinschaft den Status quo des Sicherheitsrats zu bekräftigen (Putin). Genauso bestand die Möglichkeit, mithilfe des Begriffs eine (Nicht-)Entscheidung des Rates zu rechtfertigen (Blair) oder dessen Entscheidung grundsätzlich in Zweifel zu ziehen (Milošević).

Normen regulieren die Beziehungen der Gemeinschaftsmitglieder.

gegen ging es nicht darum, den Status privilegierter Ordnungsmächte zu rechtfertigen; als Angeklagter vor dem ICTY kam ihm stattdessen die Rolle des Betroffenen einer solchen Ordnungspolitik zu. Aber auch er behauptete, sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Als derjenige, der die ›Wahrheit‹ über den Jugoslawien-Konflikt aussprach, beanspruchte er die Rolle des Aufklärers, der sich im Namen der internationalen Gemeinschaft gegen Staaten richtete, die ihre Macht missbrauchten.

Der Währungs-Charakter

Aufgrund des Omnibus-Charakters kann die Frage nach einer eindeutigen Definition des Begriffs gar nicht eindeutig beantwortet werden. Definitionsversuche sind letztlich nicht weniger als Bedeutungsvarianten, die mit variierender politischer Wirkungskraft gleichberechtigt nebeneinanderstehen können. Seiner Offenheit zum Trotz erfüllt der Begriff seine Legitimitätstiftende Vehikelfunktion allerdings nur, solange eine gewisse Kernbedeutung anerkannt wird. Es ist die grundlegende Idee einer verbindlichen internationalen Ordnung, deren Normen die Beziehungen der Gemeinschaftsmitglieder regulieren. Ohne Normen keine Gemeinschaft: Eine ungeordnete Situation, in der allen alles erlaubt ist, kann keine Gemeinschaft sein. Der Begriff unterscheidet sich hier nicht von anderen Gemeinschaftskonzepten, wie dem der Familie oder der Nation.

Wer sind die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft? Einige Völkerrechtlerinnen und Völ-

⁸ Zum Beispiel: Christian Tomuschat, Die Internationale Gemeinschaft, Archiv des Völkerrechts, 33. Jg., 1–2/1995, S. 1–20.

Konsequenzen des Doppelcharakters

Entscheidend ist, dass jenes Kernverständnis nicht ausreicht, um reale gemeinschaftliche Kooperation zu realisieren. Die Beispiele zeigen, dass der geteilte Wunsch nach der Einhaltung und Durchsetzung internationaler Normen den jeweils erwünschten Zustand nicht näher rücken ließ. Im Gegenteil: Alle Redner beriefen sich auf die internationale Gemeinschaft, um Interessen zu rechtfertigen, die in sehr unterschiedliche Richtungen wiesen. Dabei diente ihnen der Begriff als wertvolle argumentative Ressource, der eigenen Position Nachdruck zu verschaffen. Der Begriff war dabei deshalb so hilfreich, weil er die Möglichkeit bot, sich stets der ›gerechten‹ Seite zuzuordnen, während der politische Gegner zum Normenbrecher der gemeinsamen Ordnung stilisiert werden konnte. In diesem Sinne besteht sogar die Möglichkeit, dass die Verwendung des Begriffs internationale Konflikte verschärfen oder zumindest die Kompromissfindung erschweren kann, sofern alle Seiten für sich beanspruchen können, legitimerweise für die internationale Gemeinschaft zu sprechen.

Die Lesart, nach der der Begriff Ausdruck einer Entwicklung ist, in der Menschenrechte zulasten des Prinzips staatlicher Souveränität an Bedeutung gewinnen, muss deshalb angezweifelt werden. Der Begriff kann genauso verwendet werden, um eine gegensätzliche Ordnungsvorstellung voranzutreiben. Der Doppelcharakter bekräftigt hier die Argumentation Martti Koskenniemi, nach der das Völkerrecht nicht etwas ist, das unabhängig von politischen Zielen angewendet wird, sondern eine ›Sprache‹ bereitstellt, durch die in juristischen Konflikten jedwede Position vertreten werden kann.⁹ Gleiches gilt eben auch für die ›Sprache der Politik‹, die darüber hinaus noch größere Flexibilität ermöglicht, insofern sie es erlaubt, auf Kosten der Genauigkeit Suggestivität herzustellen.

Des Weiteren lässt sich der Verdacht entkräften, dass es stets ›westliche‹ Regierungen sind, die sich auf die internationale Gemeinschaft berufen. Gewiss besteht die Möglichkeit, dass »internationale Gemeinschaft« gesagt und »der Westen« gemeint ist – oder, wie es Blair beanspruchte, der Westen stellvertretend für die Gemeinschaft agiert. Es besteht aber genauso die Möglichkeit, dass nicht-westliche Politiker wie Putin oder Milošević für sich reklamieren, im Namen der internationalen Gemeinschaft zu handeln und den Begriff dabei gegen westliche Staaten in Anschlag bringen. Die

Begriffe des Westens und der internationalen Gemeinschaft ähneln sich jedoch durchaus in der Art und Weise ihres politischen Gebrauchs. So eröffnet ihre Verwendung gleichermaßen die Möglichkeit, andere Akteure der internationalen Politik zu kategorisieren – sie normativ ab- und sich selbst aufzuwerten.¹⁰ Im Gegensatz zum Westen erlaubt der Begriff der internationalen Gemeinschaft dies sogar in zwei Richtungen: Nach außen gegenüber Nicht-Mitgliedern – zum Beispiel Pariastaaten – und nach innen, gegenüber schlechten Gemeinschaftsmitgliedern, die die gemeinsamen Normen missachten.

Der Doppelcharakter scheint jenen Recht zu geben, die der Idee einer internationalen Gemeinschaft skeptisch gegenüberstehen. Die Empfehlung, den Begriff nicht mehr zu verwenden, wäre allerdings nicht nur anmaßend, sondern geradezu widersinnig. Das unterschiedliche Begriffsverständnis muss nicht zwingend zum Konflikt führen. Natürlich besteht die Möglichkeit, dass mithilfe des Begriffs sinnvolle und vernünftige politische Ziele gerechtfertigt werden können. Wichtig ist jedoch, sich zu vergegenwärtigen, dass darüber, was als sinnvoll und vernünftig gilt, häufig kein Konsens besteht. Denn jene Ziele sind in der Regel abhängig von den jeweiligen nationalen und kulturellen Kontexten, in denen sie entwickelt und formuliert werden. Eine sprachanalytische Außenpolitikforschung hilft, diese unterschiedlichen Perspektiven sowohl empirisch gegenstandsnah als auch mit der gebührenden politischen Distanz zu rekonstruieren.

English Abstract

Dr. Matthias Lindhof

The Dual Semantics of ›International Community‹ pp. 3–7

This article deals with the term 'international community'. Instead of investigating its factual existence, however, it reconstructs the usage of the concept, which is regularly applied to justify political action. To this end, three speeches by prominent political leaders – Tony Blair, Vladimir Putin and Slobodan Milošević – are examined in detail. The results point out a dual character: The concept is open to different ideas of a just global order. At the same time, this semantic indeterminacy makes it possible – analogous to a generally recognized currency – to 'buy' legitimacy for quite contrary political purposes.

Keywords: Diplomatie, Personen der Zeitgeschichte, Völkerrecht, diplomacy, figures of contemporary history, International Law

⁹ Martti Koskenniemi, *From Apology to Utopia. The Structure of International Legal Argument*. Reissue with new Epilogue, Cambridge 2005.

¹⁰ Zum Begriff des Westens vgl. Jürgen Osterhammel, *Was war und ist ›der Westen‹*. Zur Mehrdeutigkeit eines Konfrontationsbegriffs, in: Jürgen Osterhammel, *Die Flughöhe der Adler. Historische Essays zur Globalen Gegenwart*, München 2017, S. 101–114.